

An Herrn
Bundesminister Sebastian Kurz
Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres
Minoritenplatz 8
1010 Wien

Wien, im Dezember 2014

Betrifft: **Offener Brief zum Thema „Anerkennung Palästinas als Schritt zum Frieden“ an Herrn Außenminister Sebastian Kurz**

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

In Europa gibt es eine steigende Bereitschaft Palästina als eigenen Staat anzuerkennen, denn bereits am 27.11. 1947 hat die Generalversammlung der UNO in ihrer Resolution 181 (II) beschlossen, das Völkerbundmandatsgebiet Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat mit Sonderregelungen für Jerusalem, zu teilen.

Israel wurde gegründet und ist mittlerweile weithin anerkannt und unterstützt. Auf palästinensischer Seite kam es zu keiner völkerrechtlichen anerkannten Staatsgründung. Viele Regierungen warten seit vielen Jahren auf den Erfolg von Verhandlungen zwischen Israel und der palästinensischen Vertretung und damit auf einen erfolgreichen Friedensprozess. Trotz vieler Anläufe seit dem Oslo-Prozess hat sich bisher kein Verhandlungsergebnis abgezeichnet. Im Gegenteil setzt die derzeitige israelische Regierung immer wieder Schritte – wie die Expansion der Siedlungen in den palästinensischen Gebieten – die eine Zweistaatenlösung erschweren, Palästinenser radikalisieren und damit weg vom und nicht hin zum Frieden führen.

Deshalb ist es jetzt – viele Jahrzehnte nach dem Gründungsbeschluss der UNO - geboten, einen palästinensischen Staat anzuerkennen. Durch die parallele Anerkennung Palästinas zu Israel könnte auch dem Friedensprozess eine neue, völkerrechtskonforme Dimension eröffnet werden.

Frieden brauchen Israelis ebenso wie Palästinenser und alle anderen Bewohner in den Nachbarländern. Die Anerkennung Palästinas unter seiner gegenwärtigen politischen Führung wäre auch eine klare Absage gegen Terrorismus.

Die schwedische Regierung hat genau aus diesen Überlegungen Palästina als Staat anerkannt. Mehrere europäische Parlamente haben von ihren Regierungen gleiches verlangt. In diesem Sinne fordern wir die österreichische Bundesregierung auf, diesen wichtigen friedenspolitischen Schritt zu setzen und sich auch auf europäischer Ebene für die staatliche Anerkennung Palästinas einzusetzen und dadurch mit Israel gleichzuziehen. Nur wenn beide, Israel und Palästina, als gleichberechtigte Partner mit internationaler Anerkennung und Unterstützung am Verhandlungstisch sitzen, besteht eine realistische Chance auf Verständigung, Frieden und eine gute Heimat für beide Völker.

Hochachtungsvoll,

Mag. Muna Duzdar, Präsidentin der Palästinensisch-Österreichischen Gesellschaft

Erwin Lanc, Bundesminister a.D.

Dr. Hannes Swoboda